



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

den Kopf. Das ist ein Tier wie ein Riese. Das sieht kraß mit den dicken Beinen. Er faßte die Kuh bei den Hörnern und fuhr bergab.

Die beiden Alten gingen hinterher. Überall hatte der alte Scheckg was zu zeigen und zu erläutern. Hier einen Streifen Feld, der in andern Besitz übergegangen war, da eine Waldparzelle, mit der sich irgend etwas geändert hatte. Dann einen Steg, einen Berg, an die sich eine Erinnerung knüpfte. Rippe, der stetig weiter ging, entschwand darüber ihren Augen.

(Schluß folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Russische Emissionspolitik. Seit einer langen Reihe von Jahren ist das Streben der russischen Finanzpolitik, deren Einfluß auf die allgemeine Politik Rußlands von Jahr zu Jahr im Steigen begriffen ist, darauf gerichtet, aus den drei Ländern: Deutschland, Frankreich und Rußland eine Art finanziellen Dreieck herzustellen, worin Deutschland und Frankreich die Gebenden darstellen, während sich Rußland ausschließlich die Rolle des Empfangenden vorbehalten hat. Diese Konstellation war eingetreten, nachdem sich der frühere Darlehnsgeber Rußlands, England, im Jahre 1885 infolge des Vordringens der Russen in Afghanistan zürnend zurückgezogen hatte und seither durch keine wie immer geartete Liebeswerbung des russischen Finanzministers zu bewegen war, aus dieser Haltung wieder herauszutreten. Nachdem im Jahre 1885 nach der Schlacht am Ruskhl die Londoner Börse eine Art Verbannungsdekret für alle russischen Werte im britischen Reiche erlassen hatte, wanderten diese nach Deutschland aus und wurden schließlich durch den französischen Chauvinismus aufgenommen und auf eine noch nicht dagewesene Kurshöhe emporgetrieben. Als Sicherheitsleistung für die ungezählten Milliarden, die Frankreich dem russischen Alliierten gewährte (man schätzt den Bestand russischer Werte in Frankreich zwischen sieben und zehn Milliarden), wurde in Paris die russische Freundschaft „hinterlegt.“ Aber die anfängliche Ergiebigkeit des französischen Goldstromes war natürlich nicht für die Ewigkeit; die Fähigkeit Frankreichs, russische Werte aufzunehmen, gab mit der Zeit deutliche Zeichen der Erschlaffung von sich, und der russische Finanzminister, dem diese Zeichen nicht entgingen, sah sich genötigt, sich nach andern Geldquellen umzusehen. Der russisch-deutsche Handelsvertrag machte diesen Sorgen des russischen Finanzministers zunächst ein Ende; der seit Jahren bei der russischen Emissionsthätigkeit schmählich übergangne deutsche Kapitalist konnte aufs neue „zum Handluß“ zugelassen werden. Seitdem ringen Deutschland und Frankreich um die Palme, das Geldbedürfnis Rußlands zu befriedigen, während man sich in England fortgesetzt die Taschen zuhält. Die eigentlichen Ursachen, auf denen dieses „deutsch-französische Bündnis zur Vinderung der russischen Finanznot“ beruhte, waren natürlich für die beiden Geber durchaus verschieden; in Deutschland war die treibende Kraft die Emissionsprovision des Berliner „Russenkonsortiums,“ in Frankreich heißt er Elsaß-Lothringen. So unglaublich, so paradox es klingen mag: auf diesem Wort ruht auch die russische — Goldwährung. Denn wenn für Frankreich — derartige Andeutungen sind wiederholt in französischen Blättern laut geworden — dieser Antrieb wegfällt, und wenn es, anstatt zu geben, seine Milliarden von Rußland zurückforderte, dann möchten wir, wie man zu sagen pflegt, es nicht erleben, welchen Anblick die in den Jahresberichten des russischen Finanzministers an den Zaren immer von neuem hervorgehobne „metallische Überdeckung der Noten“ bieten würde. Faßt man die Grundlagen

der russischen Währung ins Auge, so herrscht in Rußland so wenig die Goldwährung wie in Österreich-Ungarn, für dessen Währungsverhältnisse, ungeachtet der im Jahre 1892 in Angriff genommenen „Valutareform,“ der Zwangskurs für das Papiergeld das charakteristische Merkmal geblieben ist.

Die Beziehungen dieses merkwürdigen „Dreibundes“ fanden eine ziemlich schroffe Unterbrechung um das Jahr 1899/1900, als auf den europäischen Märkten eine empfindliche Geldknappheit zu Tage trat, und weder Deutschland noch Frankreich ihre seitherigen „Funktionen“ dem russischen Reiche gegenüber zu erfüllen in der Lage waren. Es blieb deshalb dem russischen Finanzminister nichts anderes übrig, als wieder einmal einen Fühler nach England auszustrecken. Im April 1899 veröffentlichten die „Times“ einen geheimen Bericht des russischen Finanzministers an das Ministerkomitee über die englisch-russischen Handelsbeziehungen, worin gesagt war, daß England der einzige Markt sei, auf dem Rußland einen Ausgleich für die Depression seiner Landwirtschaft finden könne. Zudem komme England ebensosehr als Markt für die Unterbringung russischer Anleihen in Betracht, wie es vor den Wirren an der afghanischen Grenze der Fall gewesen sei. Diese Umstände, sowie das damalige schutzöllnerische Verhalten Frankreichs hätten ihn (Witte) veranlaßt, der Lage des englischen Marktes seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Diese Darstellung ist zwar vom russischen Finanzministerium dementiert worden; nicht aber konnte die Thatsache dementiert werden, daß bald darauf der Vertreter des Berliner Emissionshauses Mendelssohn & Co. nach London reiste, um die dortige Finanzwelt für eine größere russische Anleihe — man sprach von fünfzehn Millionen Pfund Sterling — zu interessieren. Wer sich darüber klar ist, daß England dem russischen Reiche seine Kapitalkraft nur gegen greifbare politische Konzessionen — Konzessionen mithin, die Rußland am allerwenigsten zu gewähren geneigt ist — zur Verfügung stellen kann, wer sich des Umstandes bewußt war, daß die Einführung einer größeren russischen Anleihe an der Londoner Börse unter wirklicher Beteiligung des englischen Kapitals ein politisches Ereignis ersten Ranges gewesen wäre: die Wiedereröffnung des politischen Kontos, das im Jahre 1885 von beiden Kontrahenten in brüskter Form geschlossen worden war, konnte von vornherein nicht im Zweifel über den Erfolg einer Reise sein, die nur aus dem Gesichtskreise eines durch „Provisionsrückichten“ bestimmten Krämergeistes der Berliner Emissionsfirma unternommen worden war. Am 27. Mai 1899 wurde denn auch dem Vertreter der Berliner Emissionsfirma mit folgender Erklärung der „Times“ die Thür gewiesen: „Es möchte scheinen — schrieb das Blatt an diesem Tage —, daß Rußland so sehr auf unsre Gutmütigkeit pocht, daß es glaubt, für seine Zwecke britisches Kapital erlangen zu können, an dessen Verwendung in China es uns hindert. Es darf angenommen werden, daß sich britische Kapitalisten mehr als einmal oder zweimal bedenken, ehe sie ihr Kapital zu einem Zwecke hergeben, der sich gegen sie selbst richtet.“ Das ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig; man ließ die englisch-russische „Zweibundanleihe“ auf sich beruhen und legte pro forma eine russische Eisenbahnanleihe — unter dieser Form borgt Rußland mit Vorliebe — in Höhe von 2975000 Pfund Sterling auf. Mit noch nicht drei Millionen Pfund Sterling, sage und schreibe sechzig Millionen Mark, war der Heißhunger des englischen Kapitals nach neuen russischen Werten auf Jahrzehnte hinaus befriedigt.

Ungleich bedenklicher als die geschilderten Schwierigkeiten in betreff der Geldbeschaffung war für die Kreise des russischen Finanzministers die politische Episode im Jahre 1899, als der deutsche Kaiser in den nordischen Gewässern durch den Besuch des Kriegsschiffes „Iphigénie“ einen weitem Schritt zur Befestigung des guten Einvernehmens zwischen Deutschland und Frankreich unternahm. Dieser Vorgang, so sehr er auch in der Richtung der allgemeinen Friedensideale der bekanntlich von Rußland selbst einberufenen Haager Friedenskonferenz lag, war gleichwohl in Petersburg mit steigender Unruhe beobachtet worden, wo man sich unter keinen

Umständen mit Friedenskundgebungen befreunden konnte, die die politischen Kreise Rußlands zu stören geeignet waren. Ganz besonders verdrießlich aber war es, daß in Anknüpfung an den Besuch des deutschen Kaisers an Bord des französischen Kriegsschiffes „Sphigénie“ in gewissen Pariser Blättern (vor allem im „Matin“ und im „Figaro“) von neuem das unleidliche Thema variiert wurde, zu welchem Zweck eigentlich Frankreich dem russischen Reiche eine Milliarde nach der andern zur Verfügung stelle, wenn man sich doch mit Deutschland auf guten Fuß stellen wolle. Diese Deliberationen riefen in Petersburg starkes Unbehagen hervor; eine Zeitschrift, die der „Politischen Korrespondenz“ im August 1899 aus Petersburg zugeht, ließ sich über den Eindruck, den die damaligen deutschfreundlichen Tendenzen Frankreichs in Petersburg hervorriefen, u. a. wie nachstehend aus: „In dem Urteil über die Bedeutung des jüngst stattgehabten Besuchs Kaiser Wilhelms II. am Bord eines französischen Kriegsschiffes und des daran geknüpften Depeschenwechsels zwischen dem Kaiser und dem Präsidenten Loubet hat sich hier ein Umschwung vollzogen. Anfänglich hatten diese Vorgänge nur einen schwachen Eindruck hervorgerufen. . . Die Äußerungen mehrerer französischer Blätter über die Episode auf der »Sphigénie« haben jedoch in der öffentlichen Meinung Rußlands eine Schwenkung bewirkt. Bei einer Gruppe französischer Politiker findet diesen Kundgebungen zufolge der Gedanke einer engeren Annäherung Frankreichs an Deutschland Anklang, und man scheint hierbei in Paris nicht zu ahnen, daß ein derartiges Auftreten in Rußland ebensolche Verstimmung hervorrufen muß, wie sie sich in Frankreich einstellen würde, wenn etwa russische Blätter es angemessen fänden, sozusagen unter den Augen der Franzosen die Ersprießlichkeit und die Bedingungen eines intimern Anschlusses Rußlands an Deutschland zu erörtern. Die Art und Weise, in der Wortführer der neuen politischen Richtung im »Figaro« und »Matin« das französisch-deutsche Einvernehmen dem französisch-russischen Bündnis aufgepfropft sehen möchten, und die Argumente, durch die sie diesen Gedanken den Franzosen einleuchtend zu machen suchen, rufen hier nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch in den maßgebenden Kreisen einen seltsamen und zwar weder freundlichen noch imponierenden Eindruck hervor. . . . Denn es kann in Petersburg nur peinliches Befremden und Mißtrauen wachrufen, wenn auch nur ein sehr kleiner Teil der Franzosen imstande ist, so leicht von einem Extrem zum andern zu schwenken und bald mit Petersburg, bald mit Berlin zu liebäugeln.“ So die Zeitschrift der „Politischen Korrespondenz.“ Um allen Zweifeln ein Ende zu machen, fuhr Herr Delcassé im August 1899 nach Petersburg. Am 5. August desselben Jahres verleiht ihm der Zar die Insignien des Alexander-Newskij-Ordens in Diamanten. An der Berliner Börse wurde damals berechnet, was diese Diamanten der französischen Republik wohl kosten würden. Am 22. Mai 1901 endlich wurde die Rechnung in Paris präsentiert: an diesem Tage wurde durch das Pariser Haus Rothschild eine vierprozentige Anleihe von 424 Millionen Franken zum Kurse von 98 $\frac{1}{2}$ aufgelegt. Damit war die Allianz gerettet, und das Phantom eines „deutsch-französischen Zweibundes“ versank in den Abgrund.

In diesem Jahre nun ist Deutschland wieder an der Reihe: Mitte März d. J. stellte das unter Führung des Hauses Mendelssohn & Co. stehende Konsortium bei der Zulassungsstelle der Berliner Börse den Antrag auf Zulassung von 393 Millionen Mark vierprozentiger russischer Staatsrente zum Börsenhandel, und kurz darauf wurde die Zulassung von der Berliner Zulassungsstelle genehmigt. Der Zweck dieses Anlehens, das durch deutsche Kapitalisten aufgebracht werden soll, macht diese Transaktion zu einer der seltsamsten auf dem Gebiete des deutschen Emissionswesens, er lautet kurz: die vorläufige Ausbringung der russischen Kriegskosten in China. Der offizielle Prospekt beginnt mit einem allerhöchsten Ukas an den russischen Finanzminister, unterzeichnet von Seiner Majestät dem Kaiser am 1./14. März 1902: „Indem Wir es gemäß Ihrer im Finanzkomitee geprüften Vorstellung für gut erachtet haben, zur Realisierung der Rußland zu-

kommenden Entschädigungssumme für die während der Unruhen in China erlittenen Verluste zu schreiten, befehlen Wir Ihnen usw.“ Also: daselbe Deutschland, das vor zwei Jahren genötigt war, in Amerika 80 Millionen Mark aufzunehmen, wird heute aufgefordert, Rußland zur Deckung der Kriegskosten in China etwa 400 Millionen Mark vorzustrecken, und diese Transaktion vollzieht sich unter der Ägide einer ersten Emissionsfirma. Nach § 36 des Börsengesetzes hat die Zulassungsstelle die Aufgabe und die Pflicht, „Emissionen nicht zuzulassen, durch welche erhebliche allgemeine Interessen geschädigt werden, oder welche offenbar zu einer Überverteilung des Publikums führen.“ Nun, man kann zweifeln, ob nicht allgemeine Interessen geschädigt werden, wenn deutsches Kapital einem solchen Zwecke dienstbar gemacht wird. Man wende nicht ein, daß an russischen Papieren noch nichts verloren worden sei; das ist erstens nicht zutreffend, denn Rußland hat im Jahre 1885 durch Einführung einer Kapitalrentensteuer in vertragsbrüchiger Weise die Zinsen zahlreicher Schuldtitel herabgesetzt und erst fünfzehn Jahre später durch Ulas vom 4. Dezember 1900 diese Maßnahme unter gewissen Bedingungen lediglich für die vierprozentige Staatsrente wieder beseitigt — ein Vorgang, dessen Mitteilung im Prospekt laut § 6 Ziffer 4 der Bekanntmachung von 11. Dezember 1896 betreffend die Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel gesetzlich vorgeschrieben, in Wirklichkeit aber unterblieben ist. Jedoch das nur nebenbei; die prinzipielle Bedeutung der Transaktion liegt in dem Umstande, daß den deutschen Kapitalisten zugemutet wird, für einen solchen Zweck die Mittel aufzubringen. Man kann es der russischen Diplomatie von ihrem Standpunkt aus nicht verdenken, wenn sie die Situation nach Kräften für ihre Zwecke auszunutzen sucht, wenn sie jede Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu verhindern und gleichwohl beide Länder für ihre politischen Zwecke auszupressen sucht. Als befremdend aber muß es bezeichnet werden, daß sich die Berliner Großfinanz für diesen Zweck von dem russischen Finanzminister gebrauchen läßt. Die französischen Kapitalisten aber mögen sich die Kommentare ansehen, mit denen das Resultat der Subskription in Deutschland von der maßgebenden russischen Presse, vor allem von dem „Journal de St. Petersbourg“ und von dem finanzoffiziösen „Vestnik Finansow“ begleitet worden ist, die den äußern Erfolg der hundertfachen Überzeichnung — über die wirkliche Bedeutung einer derartigen Subskriptionsmache glauben wir Kennern der Sache gegenüber kein Wort weiter verlieren zu sollen — dazu benutz haben, den Franzosen von neuem zu Gemüte zu führen, daß Rußland in finanzieller Beziehung durchaus nicht auf Frankreich angewiesen sei, und daß, so schrieb das „Journal de St. Petersbourg,“ „unsre Freundschaft mit Frankreich ausgezeichnete Beziehungen zu andern europäischen Mächten zuläßt.“ Also: Rußland kann unbeschadet seiner Freundschaft mit Frankreich mit andern Mächten „ausgezeichnete Beziehungen“ unterhalten; Frankreich aber — das erregt „peinliches Befremden“ in Petersburg — soll nicht bald mit Petersburg bald mit Berlin „liebäugeln.“ Liebäugeln darf Frankreich mit Deutschland nur zu einem einzigen Zweck: zur gemeinsamen Vinderung der russischen Finanzkalamitäten, zur gemeinsamen Befriedigung der ewig unbefriedigten Geldbedürfnisse Rußlands!*)

Nun, die Franzosen mögen sehen, wie sie mit Rußland fertig werden; in Deutschland thäte man gut, in dieser Beziehung ein wenig in die Fußstapfen Englands zu treten, das trotz aller Vorstellungen des russischen Finanzministers kein Verlangen trägt, die „ausgezeichneten Beziehungen Rußlands“ ausschließlich in Ansehung der Emissionspolitik, und ohne Rücksicht auf das Allgemeininteresse des Landes, kennen zu lernen. Aber was wissen unsre Finanzfirmen von solchen Rücksichten! Vor einigen Monaten hat die „Kreuzzeitung“ bei der Erörterung des Börsengesetzes mit einer gewissen Resignation erklärt, sie sei es müde, fortgesetzt den Mentor des Publikums zu spielen; wenn dieses so viel Gefallen an dem bekannnten: Mundus

*) Inzwischen sind weitere 260 Millionen Rubel vierprozentige russische Staatsrente an der Berliner Börse aufgelegt worden.

vult decipi fände — möge man es doch gewähren lassen! Wir vermögen weder die Anschauungen des Blattes in betreff des Börsengesetzes noch seine Resignation zu teilen, die übrigens eine gewisse Unterschätzung des eignen Einflusses zeigt. Als anfangs der neunziger Jahre während der damals noch wenig befriedigenden Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland von den Berliner Emissionsfirmen der Versuch gemacht wurde, eine russische Anleihe in Berlin aufzulegen, erschien an leitender Stelle der „Kreuzzeitung“ ein Artikel unter der Überschrift: „Kann es wahr sein?“, und gleich darauf folgte ein zweiter Artikel an derselben Stelle unter der Überschrift: Mendelssohn, Warschauer & Co.“ Die Folge dieser Artikel war, daß die Emission ins Wasser fiel. Wenn sich das Blatt, anstatt die Börse summarisch zu bekämpfen, die Erörterung der einzelnen finanziellen Vorgänge in sachlicher Weise zum Prinzip machte, es würde dem Publikum ungleich mehr nützen, dem keine für alle Zeiten festgelegte Schablone, sondern nur das von Fall zu Fall abgegebene Urteil über die einzelnen finanziellen Erscheinungen etwas helfen kann. Es mag sein, daß die erwähnte resignierte Stimmung des Blattes sein Stillschweigen auch in dieser Angelegenheit erklärt; Thatsache ist jedenfalls, daß kritische Erörterungen und gewisse Warnungsrufe gegenüber der letzten russischen Emission nur in liberalen und demokratischen Blättern laut geworden sind. Und doch, so dünkt uns, wären derartige Warnungen auch in andern Blättern am Platze gewesen. Denn es scheint, um es zu wiederholen, weder die Aufgabe des deutschen Kapitals zu sein, die Summen für die russischen Kriegskosten in China vorzustrecken, noch für die Interessen der Emissionsfirmen zu sorgen, während im übrigen das Geschrei über die gegenwärtige „Geldflüssigkeit“ die deutschen Kapitalisten niemals darüber zu beunruhigen braucht, daß sie beim Mangel einer russischen Anleihe in die schreckliche Lage versetzt werden könnten, ihr Geld — nicht mehr los zu werden.

Heimatfeste. „Gemeinsame Feste sind des Volkes wertvollste Kleinodien, und ihre Beförderung und Läuterung ist eine ernsthafte Aufgabe des Volkslehrers und Staatsmanns, der Beruf jedes wahrhaften Menschenfreundes.“

Mit diesen Worten des Montanus ist in einem höchst beachtenswerten Aufsatz im 54. Jahrgange (1895) der Grenzboten der Niedergang unsrer Volksfeste beklagt worden, und es sind dort auch zugleich Mittel und Wege angegeben worden, die zur Wiederbelebung dieser „poetischen Blüte im Leben des Volkes“ dienen können. An erster Stelle fordert der Verfasser die Hebung und Veredlung des Gemeinnes, der keinen Unterschied der Bildung, des Standes, des Berufs, der Klassen, des Ranges, des Reichthums und der Würden im Feste kennt, sondern wo jeder sich frisch und frei als Mensch giebt, wo er es vor allem sein darf und sein soll. Seit diesen Ausführungen ist eine neue Art von Volksfesten ins Leben gerufen worden, die erfreulicherweise immer weitere Ausdehnung zu finden scheinen und sich zu einem großen Teile mit dem decken, was von unsern Volksfesten verlangt werden muß. Es sind die Heimatfeste, die seit einigen Jahren in verschiedenen Städten der Provinz Sachsen gefeiert worden sind und eine kurze Besprechung verdienen.

Zuerst wurde im Jahre 1896 in der kleinen Stadt Dübener a. d. Mulde das fünfzigjährige Bestehn des dortigen Stadtparks gefeiert, der 1846 auf einer öden Sandwüste von zwei rührigen Naturfreunden — einem Forstinspektor und einem Gerichtsaffessor — angelegt worden war und sich seitdem in eine herrliche Anlage verwandelt hatte. Zu diesem Feste stiftete der landsmännische Verein alter Dübener in Berlin für die Anlagen ein Standbild der Germania; die Feier wurde mit einem Festgottesdienst eingeleitet, worin die Bedeutung des Tages für die Stadt gebührend hervorgehoben wurde; bei der darauf erfolgenden Enthüllung des Standbildes hielten mehrere alte auswärtige Dübener Ansprachen, in denen sie der Treue und Liebe zur alten Heimat gedachten, und so wurde aus dem Parkfest ein echtes Heimatfest; alle Stände, so heißt es in den Festberichten, jung und alt nahmen an dem Heimatfeste, das jetzt alljährlich gefeiert wird, regen Anteil; die auswärt-

tigen Dübener finden sich mit ihren Angehörigen in großer Zahl ein; die alten Beziehungen werden aufgefrischt, und neue knüpfen sich an. Die zu diesem Zwecke besonders erscheinende Festzeitung bietet den Gästen herzliche Grüße in Poesie und Prosa, giebt geschichtliche Nachrichten über die Stadt und bringt kleine Scherze, die sich auf das Fest beziehen. Zur Unterhaltung werden Volksbelustigungen der verschiedensten Art — Preisklettern, Wettrennen, Sackhüpfen, Festreigen — angeordnet, und gut ausgeführte Festkonzerte und Välle vereinigen die Teilnehmer zur frohen Feier. Dabei sei erwähnt, daß die Seele und der Leiter des Festes einer der Dübener Geistlichen ist, der im Verein mit dem Bürgermeister und andern Bürgern und Beamten die Veranstaltungen trifft, die Festzeitung mit geschichtlichen Mitteilungen bedenkt und sich der Sache mit aufrichtiger Teilnahme und vollem Herzen widmet, dafür auch von der Gemeinde gebührend geschätzt und geachtet wird.

Einen noch ausgeprägtern Charakter eines wahren Heimatfestes trug das Fest, das Pfingsten 1899 in Zeitz gefeiert wurde. Der dortige Gewerbeverein regte im Jahre vorher den Gedanken an, ein Heimatfest, d. h. in festlicher Umrahmung eine Vereinigung aller auswärts lebenden Zeitzer in ihrer Vaterstadt zu veranstalten. Man plante das Fest nach dem Vorbilde eines Heimatfestes, das die Stadt Münden in Hannover in großartiger Weise begangen hatte, und es trat ein Festausschuß aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen, der unter der Führung und Leitung des Oberbürgermeisters das Fest vorbereitete. Dieses selbst bestand aus einer Begrüßung der fremden Gäste am Vorabend mit Gefängen, Vorträgen, Ansprachen und Aufführungen; am ersten Festtage zogen die Gäste feierlich in die Stadt ein, beteiligten sich am Gottesdienst und wurden alsdann von der Stadtvertretung mit warmen Worten begrüßt. Wie groß die Schar der alten Zeitzer in diesen Tagen war, geht daraus hervor, daß bei dem historischen Festzuge die Zeitzer Landsmannschaften aus Berlin, Chemnitz, Erfurt, Gera, Halle, Hamburg, Leipzig und Magdeburg vertreten waren. Es herrschte in der festlich geschmückten Stadt eine wirklich von Herzen kommende Begeisterung über das vollkommene Gelingen des Festes, eine Stimmung, der beim Abschied der Oberbürgermeister beredten Ausdruck gab. Auch in Zeitz gab es Festschriften, Festberichte und Abhandlungen, die die städtische Geschichte betrafen.

In ähnlicher Weise wurde im Jahre 1901 ein Heimatfest in Mühlberg an der Elbe vom Gewerbeverein angeregt und gefeiert. Mit dem Feste war eine Ausstellung von Altentümern aus Mühlberg und der Umgegend verbunden, und eine umfangreiche Geschichte des Diakonus behandelte die Geschichte und Denkmäler der Stadt. Das Fest verlief ähnlich wie die andern; es waren viele alte Mühlberger zu der Stätte ihrer Kindheit heimgekehrt und hatten an dem Wachstum der Stadt ihre Freude gehabt. Eine weitere Frucht aber entwickelte sich aus der Altentümersausstellung, indem daraus eine ständige Sammlung wurde, die auf dem Rathause aufgestellt ist und schon ansehnliche Schätze aus den Familien und deren Kammern enthält. Vor nicht langer Zeit endlich wurde infolge der dadurch gegebenen Anregung ein Verein für Heimatkunde gegründet, der die heimatische Geschichte erforschen und fördern will.

Vor Wochen und Monaten wurde in mehreren Städten der Provinz Sachsen der hundertjährige Gedenktag der Zugehörigkeit zu Preußen festlich begangen, und auch diese Feier gestaltete sich zu einem Heimatfeste aus, wie ein solches in Mühlhausen in Thüringen geradezu damit verbunden wurde. In Erfurt, Nordhausen, Heiligenstadt, Worbis und Quedlinburg z. B. waren Veranstaltungen getroffen worden, die auf ein wahres Heimatfest hinausliefen. Man hatte alles aufgeboten, die Feier in würdiger Weise zu begehen, namentlich da die höchsten Provinzialbeamten fast überall persönlich erschienen waren und an den Festlichkeiten teilnahmen. Die Stadtvertretungen einiger der genannten Städte spendeten bei dieser Gelegenheit — das mag hier besonders hervorgehoben werden — größere Summen zu Museumszwecken.

Nun hat man zwar schon weidlich über unsre fest- und jubiläumstfrohe Zeit

geschimpft, geschrieben und gespottet, und wir wollen nicht etwa einer noch weitem Ausdehnung von Festlichkeiten das Wort reden: es handelt sich für uns und jeden wahren Volksfreund lediglich darum, die Volksfeste zu veredeln und zu vertiefen. Es sollen wieder alle Volksschichten gemeinsam feiern, es soll wenigstens für einige Tage im Jahre der Faden zerschnitten werden, der die einzelnen Stände bei uns leider so scharf abgrenzt und trennt. Die Schützen, Säger, Turner, Radfahrer usw. sollen nicht mehr allein ihre Feste feiern, die sogenannten höhern Stände sollen nicht mehr naserümpfend und spöttelnd an derartigen Festen vorübergehn, sondern sie sollen ins Volk hineingehn, das sie so gern zu Vorbildern nimmt und sich von ihm leiten läßt. Wer schon jemals ein Volksfest in kleinern Städten, wo noch die Persönlichkeit etwas gilt, mitgemacht hat, wird beobachten können, daß sich die große Masse, der einfache Mann, zumeist anständig und gefittet benimmt, so lange Persönlichkeiten in ihrer Mitte sind, die auch sonst im Leben irgend einen Einfluß und eine gesellschaftliche Stellung innehaben. Und darin liegt gerade der Wert der Teilnahme unsrer höhern Berufsclassen an den Volksfesten; sie unterdrücken mit ihrer Gegenwart die Roheiten und Unschicklichkeiten, die sich leicht einstellen; sie wirken erziehend auf das Benehmen des einfachen Mannes und heben zugleich dessen soziale Stellung dadurch, daß sie sich mit ihm an einen Tisch setzen. Aber auch für die höhern Classen selbst, besonders für die Beamten unter ihnen, ist die Mitfeier von Volksfesten nicht ohne Gewinn; sie lernen da manches kennen, was für die Beurteilung des Volkslebens von Wichtigkeit ist; die Menschen sind bei Festen weniger zugeknöpft als sonst, sie werden mitteilbarer, und so manche Seite des Volkscharakters zeigt sich erst beim Feste im rechten Licht. Es giebt Landräte, die mit Vorliebe Bauernjagden mitmachen, um die Leute ihres Bezirks dabei kennen zu lernen. Sie thun gewiß recht daran; denn abgesehen davon, daß sie ihren Bezirk mit den guten und schlechten Wegen bei solcher Gelegenheit in Augenschein nehmen, ist der Landmann auf seinem heimatlichen Boden meist ein ganz anderer Mensch als im engen staubigen Amtszimmer der Kreisstadt. Es wird ja soviel darüber geklagt, daß die Beamten das Volk nicht verstehen, daß das Bureaurenntum von Jahr zu Jahr wächst, daß sich die einzelnen Berufsclassen immer mehr absondern; um diesem Mißstande entgegenzuarbeiten, sind die Volks- und Heimatfeste so recht geeignet. In den vorhin genannten Städten, die ein Heimatfest gefeiert haben, sind wirklich rührende Wiedererkennungsszenen alter Bekannten vorgekommen, die sich seit langen Jahren nicht gesehen hatten. Das Verkehrsleben wülfelt heutzutage die Menschen so durcheinander, daß es doppelt notwendig ist, sich von Zeit zu Zeit einmal zu sammeln und zu vereinigen. Der eine hat in der Fremde sein Glück gemacht, der andre ist in bescheidenen Verhältnissen in der Heimatstadt geblieben, mancher hat keine andern Beziehungen mehr zur Heimat, als die Gräber seiner Angehörigen, er ist dort fremd geworden, und doch hat ihn der Aufruf zum Heimatfeste wieder zu der Stätte gelockt, wo er als Kind die sorgensfreiste Zeit seines Lebens verbracht hat. Solche Vereinigungen müssen veredelnd und versöhnend wirken, falls sie über den Rahmen bloßer Trinkgelage und Gelegenheiten hinausgehn und die höhern Stände sich nicht bloß aus höflichen Anstands- und Repräsentationsrückichten, sondern mit dem Herzen beteiligen. Auf diesem Wege können die schroffen Gegensätze zwischen Groß- und Kleinstadtleben, zwischen Beamtenstolz und Volkstum, die gegenseitigen Vorurteile in sittlicher, gesellschaftlicher und politischer Beziehung beseitigt oder wenigstens stark gemildert werden. Die landsmännischen Vereinigungen in großen Städten, die so hingebungsvoll den Heimatfesten gefolgt sind, liefern den besten Beweis, daß das Bestreben noch vorhanden ist, mit der Vaterstadt in geistigem Verkehr zu bleiben; es ist der alte Zug der Sehnsucht nach der Heimat inmitten des großstädtischen Verkehrslebens, der wohl beachtet und gepflegt werden sollte, und der von engherziger Krähwinkerei und Kirchturnspolitit weit entfernt ist.

Die höchsten Provinzialbeamten haben in den Jubelstädten am Harz und in Thüringen herrliche Worte von Vaterlands- und Heimatliebe gesprochen, und es

ist ihnen gewiß erst mit ihren Reden gewesen, in denen sie das einmütige Zusammenwirken zwischen Regierung und Volk betont haben. Von oben her müssen deshalb auch die Anregungen für die allgemeine Verbreitung der Heimatfeste kommen: nicht in Form von Verordnungen und Verfügungen, sondern im Wege des persönlichen Verkehrs. Die Regierungsbeamten haben dazu genug Gelegenheit; sie bereisen ihren Amtsbezirk heutzutage mehr als früher, treten dabei mit den Bürgermeistern und sonstigen einflußreichen Persönlichkeiten mehr als je in nähere Verbindung und können bei solchen Gelegenheiten den Anstoß zu ähnlichen Vereinigungen geben, wie wir sie vorhin geschildert haben. Es giebt wohl in allen Städten Erinnerungstage, an die sich solche Heimatfeste anknüpfen lassen, und wo sie nicht sein sollten, da bieten sich die vaterländischen Gedenktage dar, die allermeist dazu geeignet sind. An vielen Orten werden Bismarktürme gebaut, Bismarksteine gesetzt und Bismarkdenkmäler errichtet: das ist eine von den rechten Gelegenheiten, ein Heimatfest zu feiern und einen Erinnerungstag zu begehen, an dem das gesamte Volk teilnehmen kann. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir Bismarkfestspiele sehen, wie es jetzt Lutherfestspiele giebt; würdiger könnte das Andenken an unsern deutschen Nationalhelden nicht gefeiert werden als in Verbindung mit einem allgemeinen Volks- und Heimatfeste.

Schließen

R. Krieg

Die Gefahr öffentlicher Vorträge von Ärzten. Unsr schnell lebende Zeit hat in den letzten Jahrzehnten auf medizinischem Gebiet eine gewaltige Umwälzung hervorgerufen. Wie heute noch auf dem Lande, war früher der Hausarzt eine Vertrauensperson bei fast allen Erkrankungen, und nur bei schwereren Fällen wurde zur Konsultation ein anderer Arzt zugezogen. Jetzt ist das anders geworden. Der Hausarzt selbst schickt seine Kranken zum Spezialisten, wenn ihm der Fall irgendwie schwierig erscheint.

Es muß ja ohne Zweifel zugestanden werden, daß die Entwicklung der Medizin in ihren Spezialwissenschaften nur willkommen zu heißen ist; denn daß der Arzt, der in seiner Praxis immer nur einen bestimmten Teil des menschlichen Körpers bei den verschiedensten Personen und ebenso verschiedenen Berufszweigen zur Behandlung bekommt, einen ganz andern Blick für Erkrankungen dieses Körperteils haben wird, liegt auf der Hand!

Diese Erfahrungen unsrer Spezialisten werden in den Fachblättern niedergelegt. Damit, sollte man meinen, wäre der Wissenschaft genügt, und die hierdurch den andern Ärzten bekannt gewordenen Erfahrungen in der Behandlung bestimmter Erkrankungen könnten von diesen in der Praxis Verwendung finden. Es ist aber nicht so! Wir können zur Winterzeit, wenn die „Vortragomanie“ in ihrer Blüte steht, allwöchentlich in den Zeitungen größerer Städte die verschiedensten medizinischen Vorträge angezeigt lesen. Die Augen- und Ohren-, Nasen- und Rachenärzte, die Magen- und Darmärzte, und welcher Spezialität sie angehören mögen, die Nervenärzte nicht zu vergessen, sie alle hören sich gern reden. Natürlich nur, um dem leidenden Zuhörer zu helfen und den gesunden — vor Erkrankungen zu bewahren! Das wäre ja an und für sich ganz löblich und menschenfreundlich, würden sich aber die Ärzte damit nicht ins eigne Fleisch schneiden? Ja, wenn es so wäre, würden die Aufklärungen bald eingestellt werden, es geschieht aber zumeist gerade das Gegenteil.

Der einem solchen medizinischen Vortrage anwohnende gesunde Zuhörer wird den ihm gebotenen Stoff an der Hand von Konversationslexiken und andern aufklärenden Büchern für sich so verarbeiten, daß er im Erkrankungsfalle zumeist schon seinen Zustand genau kennen will und an sich herumpfuscht, bis er dann doch zuletzt den Arzt zu Rat ziehen muß. Wie leicht aber wird der gesunde Mensch durch Anhören von medizinischen Vorträgen zum eingebildeten Kranken! Die kleinste Blähung wird als Nierenleiden betrachtet, an gewöhnlichem Husten will man schon einen Lungenkranken erkennen, usw. Diese Leute sind nun „reif“ für den Doktor, und es wird — ihnen und ihrem Geldbeutel sicher geholten.

Anderß liegt es bei dem wirklich Kranken, der einen Vortrag über seine Krankheit anhört. Ein solcher Patient wird nur kränker, als er ist, er wird sich leicht sagen, daß er nicht richtig behandelt worden, daß sein Leiden schwerer sei, als es von ihm und seinem Arzt beurteilt worden ist, und der Leidende wird sich und seine Umgebung noch mehr quälen, als er es wohl vorher schon gethan hat.

Das sind die öffentlichen medizinischen Vorträge mit ihren Folgen; schlimmer ist es mit den zumeist im Briefstil in Zeitungen und populären Zeitschriften gebrachten medizinischen Abhandlungen, die aufklärend wirken sollen. Das in den Vorträgen dargelegte wird von dem Zuhörer mehr oder minder vergessen, was der Kranke, der eingebilddete Kranke und der Gesunde aber lesen, das bekommt eine ganz andre Bedeutung und — Deutung.

Derartige Artikel kann man fast alltäglich in unsern gelesenen Zeitungen finden, ebenso in den verbreitetsten Zeitschriften wie Woche, Dabeim und Gartenlaube. Ich will hier nur einen in der Woche erschienenen Aufsatz eines Berliner Arztes über Neurasthenie als „Beispiel mit Folgen“ anführen. Zur Zerstreuung einer neurasthenischen Dame wurde dieser eine Nummer der „Woche“ mitgebracht; ihr Mann ging dann seinen Geschäften nach und war sprachlos, als er später nach Hause kam und seine Frau in der höchsten Erregung antraf, und als sie ihn mit den Worten begrüßte: „Da steht es: Neurasthenie führt zum Schluß immer ins Irrenhaus, und mein Schicksal ist besiegelt!“ Da sich die Patientin durch ihren Mann nicht beruhigen ließ, mußte in später Stunde noch ein Nervenarzt geholt werden, und lange dauerte es, bis sich die Kranke von diesem Nervenheiler erholte. Eine solche negative Wirkung der Blauderecke „Was die Ärzte sagen“ wird mir wohl dieser oder jener bestätigen können.

Warum und wie ist nun so etwas in die Mode gekommen? Nun, das liegt doch auf der Hand. — Es giebt im Deutschen Reiche so etwa 27 000 approbierte Ärzte; diese Herren wollen sich doch beschäftigen, wollen leben, bekannt werden und ihre Tüchtigkeit anerkannt wissen, und da es gottlob nicht proportional viel Kranke giebt, verlegen sie sich aufs Schriftstellern und Vorträge halten.

Ich könnte einen mehr bekannten als berühmten Arzt nennen, der an der Hand solcher Zeitungsartikel täglich schriftliche Anfragen von Patienten bekommt, wie sie sich auf Grund des da und dort von ihm erschienenen Artikels verhalten sollen, und jeder dieser Briefe wird mit der „Schreibmaschine“ beantwortet, es werden geeignete Verordnungen gegeben, und zum Schluß wird beigefügt: Für diese schriftliche Konsultation berechne ich Mark 10.—. Man wird mir zugeben, daß man da schon mit der Beantwortung von fünf Briefen ein gutes Geschäft macht.

Der Unsitte der öffentlichen ärztlichen Vorträge und ihrer Veröffentlichung in populären Zeitschriften sollte von den Vorständen ärztlicher Vereine und der Ärztekammern entschieden entgegen getreten werden. Besonders sollte sich aber kein reeller Arzt zu schriftlichen Behandlungen, ohne den Patienten vorher gesehen und gesprochen zu haben, bewegen lassen; dann wird sich das Ansehen der Ärzte, über dessen Niedergang sie in ihren Fachblättern klagen, wieder heben.

Nationale Bildung und humanistisches Gymnasium. Mit keinem modernen Schlagwort wird heutzutage ein ärgerer Mißbrauch getrieben, als mit dem Worte „national,“ auch in Deutschland, vielleicht sogar besonders in Deutschland. Nachdem wir lange Zeit entweder weltbürgerlich oder partikularistisch gedacht hatten, also politische Kinder geblieben waren, halten wir es jetzt, wo wir endlich ein nationales Reich errungen haben und in der Welt etwas bedeuten, für zeitgemäß oder vielmehr für eine nationale Pflicht, überall „national“ zu sein und das, was wir immer noch nicht ganz gelernt haben, nämlich unsre deutsche Art den Ausländern gegenüber hochzuhalten und in der großen Politik nur nach unsern Interessen zu fragen, statt Gefühlspolitik zu treiben, wenigstens durch hochtönende Worte zu erzeigen. Solche sind gut dazu, andre, die ebenjogut „national,“ aber anderer Meinung sind, einzuschüchtern und die urteilslose Menge hinter sich herzuführen, aber nicht dazu, etwas zu beweisen. Mit dem Worte „national“ läßt sich

jede Barbarei rechtfertigen. Im Namen der russischen Nationalität bestrebt sich seit Jahrzehnten das Zarenreich, alle höhern Kulturen, die von „fremden“ Bevölkerungen auf seinem Boden vertreten werden, auf das tiefere Niveau des Moskowitertums herabzuziehen, statt dieses emporzuheben, und alle die aristokratischen Bildungen platt zu walzen zur einförmigen Ebne der russischen Demokratie, über der dann einsam als einzige hohe Spitze die absolute Monarchie des Zarentums emporragt, ganz wie im Orient; im Namen der magyarischen Nationalität, der im Reiche der Stephanskronen nur 46 Prozent der Bevölkerung angehören, drängt der magyarisches Staat Deutschen, Rumänen, Slowaken, Serben u. s. f. seine isolierte Sprache auf; um ihrer nationalen Selbständigkeit willen stoßen die slawischen Stämme Österreichs die deutsche Kultur von sich, ohne die sie doch gar nicht leben können. Mit diesem „Nationalismus“ verbindet sich hier also überall der Rückfall in die Barbarei isolierter, kleiner Völkerschaften, die viel zu schwach dazu sind, eine eigne Kultur aus sich heraus zu erzeugen, und deren Sprachen nicht nur viel zu schwierig sind, als daß sie von Fremden leicht gelernt werden könnten, sondern auch den innern Wert großer, weitverbreiteter Kultursprachen entbehren, die den Zutritt zu einer reichentwickelten Litteratur eröffnen. Ohne die Kenntnis einiger moderner Hauptsprachen ist man heute kein gebildeter Mensch im vollen Sinne; das Tschechische oder Magyarisches aber braucht niemand zu lernen, um ein gebildeter Mensch zu sein. Das ist im Grunde der Kern des modernen Völkerstreits im alten Österreich, daß diese undeutschen Stämme für ihre Sprachen eine Gleichberechtigung fordern, auf die sie kein inneres Recht haben.

Nun, wir Deutschen sind keine Tschechen und Magyaren und auch keine Russen, wir sind ein großes selbständiges Kulturvolk von etwa 88 Millionen Menschen auf dem Erdball, von denen fünf Achtel im Deutschen Reiche vereinigt sind. Aber auch wir dürfen nicht vergessen, daß wir mit den übrigen Nationen Westeuropas eine große Kulturgemeinschaft bilden und immer gebildet haben, daß wir mit ihnen immer in regem, geistigem Austausch gestanden haben, daß unsere Bildung auf der gemeinsamen antiken Grundlage ruht. Es ist unser Stolz, daß wir diese verschiedenen Elemente uns innerlich angeeignet und sie nach unsrer Art umgebildet, zu Bestandteilen unsrer Kultur gemacht haben; sie auszuschneiden, uns auf die „nationale“ Grundlage zurückzuziehen, wäre heute ganz unmöglich, denn diese Grundlage müßten wir in den Urwäldern und Blockhäusern des alten Germaniens suchen, und auch dort würden wir schon römische Händler, römisches Gold und römische Kunst finden. Alles, was unsre Bildung im Laufe zweier Jahrtausende an fremdem Gut in sich aufgenommen hat, das gehört zu unsrer Kultur, das ist für uns nichts Fremdes mehr. Darum erscheint uns heute das Bestreben, unsre Kunst „national“ auszugestalten und die „antiklassische“ Richtung unsrer führenden Künstler geradezu bedenklich, wenn das alles mehr heißen soll, als das Bestreben, unsrer Eigentümlichkeit künstlerischen Ausdruck zu geben. Bei dem mangelhaft entwickelten Formensinn der nordischen Völker — und alle Kunst ist zunächst schöne Form, oder sie ist gar keine Kunst — liegt die Möglichkeit nur zu nahe, daß unsre „nationale“ Kunst einfach häßlich und plump, also barbarisch wird, wenn sie sich losragt von dem Studium einer reicher entwickelten, formenschönen südlichen Kunst, und wenn unsre Litteratur darauf verzichtet, Strahlen südlichen Lichts in unsern trüben Himmel einzulassen, dann wird sie abfallen von unsern größten Traditionen und uns keine Erhebung bringen, sondern ein trübes Versinken in düstere pessimistische Lebensauffassung, wovon wir schon reichlich genug haben.

Vollends gefährlich ist es, wenn nun gar auf dem Gebiete des Unterrichts, vornehmlich des höhern Unterrichts, mit dem Schlagwort „national“ operiert wird, um die eine Richtung zu verwerfen, die andre als die einzig richtige oder wenigstens weitaus bessere zu empfehlen. Dieses Schlagwort ist schon oft genug von den „Realisten“ als Sturmbock gegen das humanistische Gymnasium verwandt worden; „weg mit dem Klassischen“ ist auch sonst der Schlagtruf oft gewesen. Ein typisches und deshalb allgemein interessantes Beispiel für diesen Mißbrauch, aber schwer er-

Natürlich ist es, wenn der Oberbürgermeister einer der größten und schönsten Städte Deutschlands, die groß und schön geworden ist als „eine vorgehobne Kolonie des Südens,“ nämlich Dresdens, in öffentlicher Beratung die Errichtung eines städtischen Reformgymnasiums nach Frankfurter Art u. a. mit der Behauptung zu begründen versucht hat, die humanistischen Gymnasien Deutschlands hätten ihre Aufgabe in nationaler Beziehung nicht so erfüllt, wie wir es als Deutsche hätten erwarten können. Beweis: im Reichstag, in dem sich die Volksbildung widerspiegelt, findet die eine mächtige Partei den Schwerpunkt ihres Denkens jenseits der Alpen, die andre ist nationaler Bildung überhaupt bar. Andre Völker sind uns jedenfalls in der Pflege des Nationalgefühls überlegen, die humanistische Erziehung hat also ihre „nationale“ Aufgabe nicht erfüllt. Folgerung: Dresden muß ein Reformgymnasium errichten, das unsre Jugend in nationaler Beziehung [besser] fördern wird. So sprach in der Stadtverordnetenversammlung am 9. Oktober d. J. der Oberbürgermeister Beutler, ohne gegen seine Behauptung Widerspruch zu finden, natürlich unter den „lebhaften Bravorufen“ der Stadtväter. Nun, an ihm selbst scheint das humanistische Gymnasium seine „nationale“ Aufgabe doch recht gut erfüllt zu haben, denn an nationaler Gesinnung lassen seine Worte gewiß nichts zu wünschen übrig. Seitdem, also seit etwa dreißig Jahren, ist es aber offenbar anders und schlechter geworden, das humanistische Gymnasium hat — leider auch unter seinen Augen in Dresden — diese nationale Aufgabe nicht mehr so recht gelöst, denn sonst könnten im Reichstag nicht Zentrum und Sozialdemokratie eine so große Rolle spielen. Wir bestreiten keineswegs, daß sich im Reichstag die Volksbildung gewissermaßen widerspiegelt, aber wahrhaftig nicht die Blüte der Intelligenz deutscher Nation, wie in dem verschrienen Frankfurter Professorenparlament von 1848/49, sondern nur die politische Bildung kommt in seiner Zusammensetzung zum Ausdruck, oder, was leider dasselbe ist, die politische Unreife unsrer Wählerschaften. Sind denn die sozialdemokratischen Abgeordneten alle oder nur größtenteils durch ein humanistisches Gymnasium gelaufen, oder haben gar die sozialdemokratischen Wähler ein solches besucht? Sind die katholischen Gymnasien und Priesterseminarien, auf denen die meisten Zentrumsmitglieder gebildet sein werden, identisch mit den deutschen Gymnasien überhaupt? Mit besserem Rechte könnte man die Volksschule für solche Wahlergebnisse verantwortlich machen, denn aus ihr gehn die Massen der Wähler hervor. Ob unsre katholischen Mitbürger den Schwerpunkt ihres Denkens, soweit es nicht religiöser Art ist, wirklich jenseits der Alpen finden, untersuchen wir hier nicht, darauf wird vielleicht ein Dresdner Katholik die Antwort geben. Doch es lohnt nicht, über eine so sonderbare Begründung noch ein Wort zu verlieren. Aber weiter: andre Völker sind uns in der Pflege des Nationalgefühls überlegen, und daran trägt die humanistische Erziehung die Schuld. In jedem leidlichen Gymnasialunterricht wird man doch wohl immer soviel lernen können, daß die Schwäche unsers Nationalbewußtseins von ganz andern Dingen herkommt als von der humanistischen Bildung, daß sie auf einer langen wirrenreichen Geschichte und auf einem, wie es scheint, unausrottbaren Charakterfehler der Deutschen, ihrer Neigung zum Partikularismus beruht. Wer hat uns denn gehindert, schon im Mittelalter, auf der Höhe nationaler Macht, eine feste Reichsordnung zu schaffen? Lediglich wir selbst.

Der wohl auch erhobne Vorwurf, die humanistischen Gymnasien erzögen junge Griechen und Römer — heute noch! —, ist geradezu lächerlich. Sie wollen ihrer Aufgabe gemäß in die antike Kultur, allerdings mit einer gewissen Gründlichkeit, die manchem lästig fällt oder überflüssig erscheint, als in die Grundlage unsrer eignen, als Bestandteil unsrer eignen „nationalen“ Bildung einführen, keineswegs in ihr ein Vorbild für uns aufstellen; sie haben einen ausgedehntern Geschichtsunterricht als die Realgymnasien, der in Sachsen der mittelalterlichen und neuern, also doch größtenteils der deutschen Geschichte auf der Unterstufe zwei, auf der Oberstufe drei Jahre widmet (also 5 von 9), sie pflegen die Kenntnis der deutschen Litteratur und Sprache mindestens ebenso wie die Realgymnasien, sie feiern ihre patriotischen Feste in demselben Umfange, was sollen sie denn sonst wohl noch thun?

Sollen sie die Irrlehren der Sozialdemokratie und die Ansprüche des Ultramontanismus kritisch behandeln oder noch mehr Feste begehn, während doch jedes Übermaß abstumpft? Was sie aber auch gethan haben, für die Pflege des nationalen Sinnes haben sie trotz alledem zu wenig geleistet. Das muß sich öffentlich und von einer leitenden Stelle aus, unter dem Beifall einer Großstadtvertretung, das deutsche humanistische Gymnasium sagen lassen, und also der deutsche Gymnasiallehrerstand. Der nämlich, und niemand sonst, ist in diesem Falle das deutsche Gymnasium, er trägt die Verantwortung für seine Leistungen im Rahmen seiner Institutionen, denn für die Pflege nationaler Gesinnung gewähren diese Raum genug; er ist also hier der schuldige Teil, er, dessen patriotische Gesinnung kein geringerer als Fürst Bismarck in seiner Schönhauser Stiftung vom 21. Mai 1885 mit den ehrenvollsten Worten anerkannt hat! Er ist gut genug, bei allen möglichen patriotischen Veranstaltungen mitzuwirken und Reden zu halten, aber nicht sicher vor schwerer Verkenntung seines redlichen Strebens, worin er keinem andern Stande nachsteht; er hatte im Dresdner Stadtverordnetenjaal nicht nur keinen Vertreter, wie gelegentlich früher, sondern er fand in dieser schultechnisch durchaus inkompetenten Versammlung auch nicht einmal einen Verteidiger. So ist es ja immer: kein Jurist und kein Mediziner läßt sich gefallen, daß ein Laie in seinem Sache autoritativ mitredet, aber in Schulsachen, auch in den schwierigsten Fragen, glaubt sich jeder berechtigt, von der dürftigsten Kenntnis der Verhältnisse aus zu kritisieren und abzuurteilen.

Was da gegen das humanistische Gymnasium gesagt wurde, das wurde wesentlich nur gesagt, um die Gründung eines Reformgymnasiums zu rechtfertigen, allerdings des ersten in dem Staate, dessen König einst erklärt hat: „Gott erhalte uns die humanistische Bildung! Ich werde für sie kämpfen bis an mein Ende.“ War das nötig? Genügte es nicht vollständig, zu sagen: Wir brauchen sowohl ein humanistisches als ein Realgymnasium; zwei selbständige Schulen dieser Art sind uns zu teuer, also wollen wir es einmal mit einem Reformgymnasium versuchen, das beide Richtungen sozusagen vereinigt, und das sich anderwärts schon bewährt hat. Ob das letzte wirklich der Fall ist, geht uns hier nichts an; die alten Ziele festzuhalten und dabei die Unterrichtszeit für die beiden antiken Sprachen um ein Drittel zu verkürzen, scheint freilich ein schwer zu überwindender Widerspruch, aber die Dresdner hoffen ihn ja überwinden zu können und mögen es in Gottes Namen versuchen. Inwiefern aber eine Schulgattung, die das Französische so stark betont, die nationale Gesinnung mehr fördern werde, als das humanistische Gymnasium es thut und gethan hat, und warum sie dann „die klassische Bildung nicht beschränkt,“ sondern nur einen andern Weg einschlägt, um diese Bildung zu vermitteln, diese Bildung, die doch so hinderlich für die „Pflege des Nationalgefühls“ ist, das vermögen wir schlechterdings nicht einzusehen.

Otto Kaemmel

Nachschrift. Auch nach dem amtlichen Wortlaut der fraglichen Rede, den mir der Herr Oberbürgermeister Beutler infolge einer öffentlichen Erklärung des Vorstandes des Sächsischen Gymnasiallehrervereins mitgeteilt hat, bleibt die Anklage gegen das humanistische Gymnasium, wie sie der vorläufige Bericht des Dresdner Anzeigers vom 10. d. M. brachte, in voller Ausdehnung bestehen, nur daß der Vorwurf der „Institution“ nicht den Lehrern gemacht wird; das ändert wenig, da die Institution doch eben von den Lehrern vertreten wird und ihnen als etwas Wertvolles gilt. Immerhin ist die briefliche Versicherung des Herrn Oberbürgermeisters, „daß eine Kränkung des Gymnasiallehrerstandes weder beabsichtigt noch thatsächlich ausgesprochen worden ist,“ dankenswert.

O. K.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Carl Marquart in Leipzig